

DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf

Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstandes für die Wahlperiode 23.11.2008 – 07.12.2009

Einleitung

Das politische Leben im Berichtszeitraum stand im Zeichen von Wahlen und Abstimmungen. Der Volksentscheid „ProReli“, der die Einführung eines Wahlpflichtfachs „Ethik/Religion“ und damit für Teile der Berliner Schülerschaft eine Freistellung vom Ethikunterricht begehrte, wurde am 5. Mai abgelehnt. DIE LINKE hatte hier in einem breiten Bündnis für ein „Nein“ bei der Abstimmung geworben. Auch in Steglitz-Zehlendorf konnten bei den Aktionen zu diesem Thema neue Kontakte geknüpft werden.

Am 7. Juni schloss sich die Europawahl an. DIE LINKE gewann in Steglitz-Zehlendorf 1,4 % bzw. 1353 Stimmen hinzu und kam auf 3,8 % bei einer Wahlbeteiligung von 46,8 %. Die insgesamt 3864 Wählerinnen und Wähler bei der Europawahl werden insbesondere beim Vergleich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl vom 27. September bedeutsam: Hier gaben der LINKEN in Steglitz-Zehlendorf 12270 Menschen die Stimme, also mehr als das Dreifache, bei einer Wahlbeteiligung von 79,5 %. Das war im Ergebnis 7,2 % der abgegebenen Stimmen und damit mehr, als auch manches Mitglied der eigenen Partei zugetraut hätte. DIE LINKE hat sich im Bezirk fest auf dem 5. Platz etabliert und zieht nun auch zahlreiche WechselwählerInnen an. Daraus erwächst für die kommenden Jahre eine große politische Verantwortung, die der Bezirksverband wahrnehmen muss. Dazu bedarf es tiefgreifender, qualifizierter Debatten in der Mitgliedschaft, die alsbald begonnen werden müssen.

Jenseits der Wahlkampfaktivitäten kam das allgemeine Parteileben in der Aufmerksamkeit des Bezirksvorstandes deutlich zu kurz. Viele Mitglieder fühlten sich von der Konzentration auf öffentlich wahrnehmbare Aktionen nicht angesprochen. Die Zusammenarbeit der Mitglieder des Bezirksvorstandes kam teilweise zum Erliegen; zum Zeitpunkt der Niederlegung dieses Berichts sind vier Vorstandsmitglieder von ihren Ämtern zurückgetreten. Eine Analyse, wie es dazu kommen konnte, unterblieb bisher; auch das vorliegende Papier kann hierzu nur einen kleinen, unvollständigen Beitrag leisten.

Arbeitskreise und Basisorganisationen

Bereits im Rechenschaftsbericht des vorigen Vorstandes wurde die Neugründung der Basisorganisationen Zehlendorf und Steglitz erwähnt; zu den in jenem Bericht aufgelisteten Arbeitskreisen (Studienkreis, Kommunalpolitischer Arbeitskreis, Redaktion der Bezirkszeitung „Südwestblick“, Internet-Redaktion, Linksjugend.[solid]-Südwest-Gruppe) gesellten sich im Berichtszeitraum ein

„Philosophisches Café“, eine Bildungsgruppe („Teamer-Kreis“) und eine Basisorganisation Lichterfelde hinzu.

Kommunalpolitische Positionen

Der Kommunalpolitische Arbeitskreis hat im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit der Abgeordnetenhausfraktion intensiviert. Verstärkt kam es zu Rückbindungen zwischen Bezirksverband und Landesparlament, so bei der Anfrage zu den Hintergründen des Verkaufs des Stadtbads Steglitz, des Nahverkehrskonzepts der LINKEN im Abgeordnetenhaus, das einen Tram-Ausbau von der Leipziger Straße über Potsdamer Platz durch die Schöneberger Hauptstraße bis hin zum Rathaus Steglitz vorsieht, sowie bei der Kleinen Anfrage der CDU-Fraktion in der BVV Steglitz-Zehlendorf, die DIE LINKE als „Extremisten“ aus den vom Bezirksamt veranstalteten Diskussionsveranstaltungen ausschließen wollte, was eine Debatte im Abgeordnetenhaus nach sich zog. Etliche Mitglieder des Bezirksverbands engagieren sich mittlerweile in Facharbeitsgruppen auf Landesebene (Verkehr, Gesundheit, BürgerInnenrechte, Antifaschismus, Kultur usw.). Der Informationsfluss zwischen kommunaler und Landesebene hat sich im Berichtszeitraum spürbar verbessert.

Aus den Erfahrungen während des Bundestagswahlkampfes sind zahlreiche Schlussfolgerungen über die bezirklichen Themen, die DIE LINKE in den nächsten zwei Jahren verstärkt ins Augenmerk nehmen muss, abzuleiten. So sind sowohl die Verlagerung der Ausstellungen aus den Museen Dahlem als auch die Gesundheitspolitik und die Auswirkungen der Umstrukturierung des Klinikums Benjamin Franklin Herausforderungen für die bezirkliche LINKE. Die Umsetzung des Konjunkturpakets II und die tatsächlich durchgeführten Sanierungsarbeiten an Steglitz-Zehlendorfer Schulen und Kitas müssen begleitet werden (siehe Elterninitiative „Adventskalender“ – Übersicht über bauliche Missstände im Bezirk). Die Sicherung bezahlbaren Wohnens statt rein an Verkaufstempeln orientierter Stadtentwicklung – z.B. im Gebiet um die Schloßstraße – sowie die ständige Anpassung der Bebauungspläne an die Forderungen von Investoren und Bauträgern erfordern unsere kritische Wachsamkeit, Stichwort: Privatisierung öffentlichen Raums. Die Auswirkungen der einschlägigen Verfassungsgerichtsentscheidung (Trennung von Bundes- und kommunaler Ebene) auf die Zustände im hiesigen Job-Center müssen beobachtet werden; hier ist insbesondere die Vertretung der Betroffenen im Beirat zu nennen.

Ein Verkehrskonzept mit Schwerpunkten z.B. beim maroden Fahrradnetz im Bezirk und beim Durchgangsverkehr aus dem Umland ist erforderlich. Die kommunale Jugendarbeit, Quartiersmanagement, Grünflächenpflege und Umweltschutzmaßnahmen sind ebenso Themen der Bezirkspolitik, zu denen DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf sich eigene Positionen in Zukunft erarbeiten müssen. Besonderes Gewicht bekommt dabei die Qualifizierung in den haushaltspolitischen Angelegenheiten (Bezirksrechnung, Mittelzuweisung, Rücklagenbildung und -auflösung, Spielräume).

Im kommunalpolitischen Arbeitskreis ist es gelungen, immer wieder lokale Themen in Bürgeranfragen in der BVV zu problematisieren oder mit Flugblättern und Artikeln in der Bezirkszeitung „Südwestblick“ öffentlich zu machen. Um das fortsetzen zu

können, ist die Auseinandersetzung mit der Arbeit der BVV und ein kontinuierlicher Austausch über bezirkliche Themen in unserer Partei erforderlich.

Mitgliederversammlungen

Mehr als im vorangegangenen Jahr haben kontroverse Debatten unsere Mitgliederversammlungen geprägt. Ob es um die richtige Antwort auf die Wirtschaftskrise ging (wozu wir ein Streitgespräch zwischen Hasko Hüning und Stefan Liebich organisierten), die angemessene Reaktion auf das israelische Bombardement des Gaza-Streifens (wozu es unterschiedliche Auffassungen zum Auftritt des Landesvorsitzenden Klaus Lederer auf einer „Solidarität-mit-Israel“-Demonstration gab), die Folgen eines verabschiedeten Lissabon-Vertrags auf die Gültigkeit des Grundgesetzes (wozu sich später auch das Bundesverfassungsgericht äußerte), schließlich um die richtige Wahlkampfführung und die Einschätzung unserer Leistungen und unseres Ergebnisses – stets waren in der Debatte stark unterschiedliche Positionen erkennbar. Am Ende dieser Amtsperiode ist festzustellen, dass es nicht gelungen ist, die positive Bilanz des Gründungsjahres der LINKEN fortzusetzen und dass die konstruktive Atmosphäre, die zuvor geschaffen worden war, verloren ging. Es ist nun, auch und gerade im Interesse der Wiederherstellung eines arbeitsfähigen Bezirksverbandes, für den kommenden Bezirksvorstand eine vordringliche Aufgabe, das Aufbauwerk des ersten Jahres von vorn zu beginnen.

Bündnisarbeit

Wir setzten unsere Arbeit mit anderen Gruppierungen und Parteien wie BUND, attac, VCD, awo, VVN-BdA, aktion sühnezeichen, den Initiativen Haus Wolfenstein und KZ-Außenlager Lichterfelde, sowie der SPD auch im zurückliegenden Jahr fort. Wir engagierten uns weiter bei der Initiative zur Umbenennung der Treitschkestraße und erneut bei der Abwehr der NPD-Saalveranstaltungen in Lankwitz. Wir nahmen zahlreiche Einladungen wahr, die zu verschiedensten Veranstaltungen im Bezirk mittlerweile vermehrt bei der LINKEN eingehen, hier reichte die Bandbreite von Umweltseminaren über Diskussionen zur Stadtgeschichte, zum Bedingungslosen Grundeinkommen, der Zukunft der Bildungseinrichtungen im Bezirk, der Ausstattung der Schulen, Kindertagesstätten und Bibliotheken, bis hin zu Ausstellungseröffnungen und der Einweihung einer jüdischen Kindertagesstätte. Das Engagement der Mitgliedschaft in anderen Vereinen, Organisationen und Verbänden nahm im vergangenen Jahr zu und wächst weiter, eine insgesamt sehr erfreuliche Entwicklung.

Bezirkliches Kampagnenaktiv

Wie schon bei der Kampagne gegen das Volksbegehren zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof bildete sich für die Organisation der Wahlkampfaktivitäten ein bezirkliches Kampagnenaktiv. War dieses noch äußerst rege bei der Planung und Durchführung der Aktionen zum Volksbegehren „ProReli“ und zum Europawahlkampf, erlahmte das Interesse der Mitgliedschaft jedoch bei der Bundestagswahl, sodass die Aktivitäten sich auf zunehmend weniger Schultern

verteilt und eine ungesunde Konzentration der Kommunikation beim Bezirkssprecher und Direktkandidaten Olaf Michael Ostertag stattfand. Weitere Organisationstätigkeit lag beim Bezirksvorstand, der jedoch zu diesem Zeitpunkt nur noch eingeschränkt handlungsfähig war.

Mitgliederentwicklung

Das im Rechenschaftsbericht 2008 benannte Ziel, die Marke von 100 Mitgliedern nicht mehr zu unterschreiten, konnte nicht im gesamten Berichtszeitraum eingehalten werden, dies ist jedoch ausschließlich auf die Streichung säumiger Mitglieder zurückzuführen. Im Jahr 2009 verzeichnete der Bezirksverband über 30 Neueintritte, sodass die Gesamtzahl zum Ende des 3. Quartals bei 116 liegt.

Streitthemen im Bezirksvorstand

Über die Arbeit eines Bezirksvorstands, der sich vor Erreichen des normalen Endes seiner Amtsperiode aufgelöst hat, kann nicht Rechenschaft abgelegt werden ohne zumindest andeutungsweise die in diesem Gremium umstrittenen Themen zu skizzieren.

Bereits bei der Betrachtung der Wahlversammlung am 22. 11. 2008 traten deutliche Unterschiede in der Einschätzung zutage: War eine geringe Beteiligung der Mitglieder Ausdruck mangelnden Interesses oder eines „zu guten Rufes“ des Bezirksvorstandes? Überhaupt: Sank das Interesse der Mitgliedschaft an den Sitzungen oder stieg es? War die allgemeine Entwicklung des Parteilebens eher positiv oder eher negativ zu bewerten? Zur Klärung solcher Fragen beschloss der neugewählte Vorstand, sich in Klausur zu versammeln und dabei die gestellten Fragen in sechs Themenkomplexe zu gliedern:

1. Analyse, weshalb Wahlbeteiligung an der Wahlversammlung Vorstandswahlen Bezirk so gering, Mitgliederbetreuung, Aktivierung von Mitgliedern, Einbeziehen der Wünsche der Mitglieder/Abfragen von Themen
2. Satzung Bezirksverband, Geschäftsordnung Bezirksvorstand
3. Gestaltung der Mitgliederversammlungen, "Bezirksparteitage"
4. Akzente setzen im Bezirk, aber auch Richtung Landesvorstand und Fraktion, Parteaufbau West, „Westkurve“
5. Raumsuche für Vorstandssitzungen und evtl. BO Steglitz
6. Kontakte zu nichtparteilichen Organisationen

Bei den Diskussionen zu den Themenkomplexen wurden zahlreiche divergierende Auffassungen lediglich angeschnitten, sodass eine zügige Bearbeitung der meisten aufgelisteten Vorhaben unterblieb.

Zu 1., der Analyse der mangelnden Beteiligung, wurde eine Mitgliederbefragung beschlossen, die im März auch durchgeführt wurde; die Auswertung blieb allerdings ohne Folgen.

Bei 2., den Fragen der Geschäftsordnung und der Satzung, war neben dem „ob“ (man solche Dokumente bräuchte) auch das „was“ (in solchen Dokumenten stehen sollte) strittig, sodass das Vorhaben, dazu Vorlagen zu erarbeiten, nicht verfolgt wurde.

Zu 3., der Gestaltung der Mitgliederversammlungen, gingen und gehen die Meinungen besonders weit auseinander: Die Diskussion sollte in Basisorganisationen erfolgen und auf Bezirksebene sollten strukturierte, zu Beschlüssen führende Debatten organisiert werden – ist der eine Pol; Alle Gruppen im Bezirksverband, die Mitgliederversammlungen und der Bezirksvorstand sollten viel mehr grundlegende Diskussionen führen – ist der andere.

Unter Punkt 4., der Arbeit des Bezirksvorstandes und seiner Außenwirkung, entwickelte sich später eine Kontroverse über die Prioritätensetzung unserer Bezirksvorstandsarbeit, die in unserer Aussage „Der neu zu wählende Vorstand sollte vornehmlich eine Beschlussfassung ermöglichen zu Fragen, für die er originär auch zuständig ist. Er sollte der Versuchung und entsprechenden Aufforderungen widerstehen, sich ständig für oder gegen Beschlüsse auf Landes- oder Bundesebene positionieren zu müssen“, die wir in unserem Antrag an die Mitgliederversammlung am 13. Oktober `09 getroffen haben, mündete. In der Tat waren hier die Pole: Prioritätensetzung auf innerparteiliche Debatte bzw. Erklärungen gegen Handlungen anderer Ebenen und Vorstände unserer Partei vs. Prioritätensetzung auf Politikentwicklung im und für den Bezirk.

Wenn es auch kaum glaublich erscheint, war auch die Debatte um Punkt 5., der Raumsuche, von starken Kontroversen gekennzeichnet: Hier gab es die grundsätzliche Unterstellung, dass Arbeitskreise, die vornehmlich in Privatwohnungen zusammenkommen (insbesondere wurden die Bezirkszeitungsredaktion und der Kommunalpolitische Arbeitskreis genannt, es gälte jedoch in gleicher Weise für das „Philosophische Café“ und den „Teamerkreis“), dies vor allem täten, um mögliche neue MitstreiterInnen abzuhalten.

Punkt 6., nämlich die Mitwirkung unserer Genossinnen und Genossen in außerparteilichen Organisationen, wurde im Bezirksvorstand faktisch nicht behandelt; die Kontakte zu anderen Organisationen wurden von Einzelmitgliedern gehalten.

Es verwundert kaum, dass unter diesen Ausgangsvoraussetzungen in der folgenden Zeit sich die Streitpunkte häufen mussten. Eine kleine Auswahl:

- Stellenbesetzung

Nachdem unser Mitarbeiter Dieter Schmidt uns aus Altersgründen verlassen hatte, musste die (mit 200,- € denkbar geringfügig bezahlte) Stelle neu besetzt werden. Der Bezirksvorstand fasste mit knapper Mehrheit den Beschluss, dem Landesvorstand einen Personalvorschlag zu machen, den der, für Einstellungen zuständige, Landesvorstand dann nicht umsetzte. Bis heute steht die Unterstellung im Raum, dass der Landesvorstand vom Bezirkssprecher Ostertag instruiert worden sei, die Einstellung des von der Mehrheit befürworteten Kandidaten zu blockieren.

Statt eines Mitarbeiters auf Dauer wurde stattdessen ein Bezirkswahlkampfleiter befristet auf drei Monate eingestellt; diese Einstellung erfolgte ohne Einbeziehung des Bezirksvorstandes durch mündliche Ausschreibung. Auch diese Stellenbesetzung sorgt weiter für Kontroversen.

- Wahlkampfstützpunkt

Für die Dauer der Wahlkämpfe zur Europa- und Bundestagswahl wurde vom Landesvorstand in Aussicht gestellt, ein kleines Büro als Wahlkampfstützpunkt zu finanzieren. Neben der grundsätzlichen Frage, ob der Bezirksverband einen solchen Wahlkampfstützpunkt überhaupt unterhalten sollte, ist auch die missglückte

Umsetzung des Mehrheitsbeschlusses Anlass für Vorwürfe. Noch bevor der Untermietvertrag unterzeichnet war, mussten wir die Räume in der Onkel-Tom-Straße 5, mit deren Einrichtung wir bereits begonnen hatten, auf Betreiben der Eigentümergemeinschaft wieder räumen.

- BO Zehlendorf

Durch Kommunikationsstörungen innerhalb der BO Zehlendorf kam es zu Zahlungsverzug der Raummiete für das Kulturzentrum Mittelhof, was die BO zu der Vermutung veranlasste, dass ihr die Tagungsmöglichkeit vom Bezirksvorstand bewusst genommen werden sollte. Kommunikationsangebote seitens des Bezirksvorstandes wurden nicht nur von der BO selbst, sondern auch von Teilen des Bezirksvorstandes als „Kontrollversuch“ wahrgenommen. Eine Entschärfung der Tonlage gelang nicht.

- Prioritäten Wahlkampf/Aufstellung Direktkandidat

Strittig war die grundsätzliche Frage, ob der Bezirksverband bereits in der Lage sei, Wahlkämpfe zu führen und ob er, solange er dies nicht sei, nicht besser darauf verzichten solle, sie zu führen. Demgegenüber stand die Position, dass der Bezirksverband in jedem Fall den größtmöglichen Beitrag zum Gelingen der Wahlkämpfe leisten solle, selbst wenn dahinter alles andere zurückstehen müsste.

Zunächst wurde bei der Aufstellung des Direktkandidaten im Wahlbezirk Steglitz-Zehlendorf für die Wahlen zum Deutschen Bundestag angesichts zweier vorliegender Kandidaturen (Hasko Hüning und Olaf Michael Ostertag), kurz zusammengefasst, der folgende Konsens zwischen den Kandidaten und im Bezirksverband erzielt:

Die Wahl des Direktkandidaten im Bezirk wird auf einen Termin nach dem Landesparteitag und die Aufstellung der Landesliste verschoben.

Im Falle des Erfolgs der Kandidatur von Hasko Hüning für Platz 4 der Berliner Landesliste wird er sich anschließend auch um das Direktmandat in Steglitz-Zehlendorf bewerben. Scheitert jedoch seine Bewerbung, wird sich Olaf Michael Ostertag sowohl um einen der hinteren Plätze auf der Landesliste, (Platz 8) als auch anschließend um das Direktmandat in Steglitz-Zehlendorf bewerben.

Über den dann folgenden Verlauf des Landesparteitages und die Aufstellung der Landesliste entwickelte sich allerdings im Bezirk Unzufriedenheit oder auch Enttäuschung in Teilen der Mitgliedschaft.

So ergab sich die unerfreuliche Situation, dass der Wahlkampf des Direktkandidaten ohne ausreichende Unterstützung aus dem eigenen Bezirksverband stattfand; die öffentliche Ankündigung der Wahlkampf-Auftaktveranstaltung im Adria-Kino als „Kultur-Event“ aus Anlass des 40. Geburtstages des Kandidaten, hervorgerufen durch eine rechtliche Auseinandersetzung mit dem Veranstaltungsort, tat ein Übriges, dass Teile des Bezirksvorstandes und der Mitgliedschaft den Wahlkampf als persönliches Profilierungsvorhaben des Kandidaten einschätzten. Weitere Aussetzer bei der Organisation der folgenden Wahlkampfauftritte und persönliche Vorwürfe gegen den Direktkandidaten waren die Folge. In Steglitz-Zehlendorf hat der Bundestagswahlkampf DIE LINKE nicht zusammengeschweißt, sondern gespalten.

- Strukturfragen (Protokolle u.ä.)

Selbstverständlich müssen von Bezirksvorstandssitzungen Protokolle angefertigt werden. Uneins war der Bezirksvorstand jedoch über mehrere Fragen: Sind Verlaufs- oder Ergebnisprotokolle anzufertigen? Sind sie auf der Internetseite öffentlich zu machen, nur an die Mitgliedschaft zu verschicken oder in einen internen und einen öffentlichen Teil zu unterscheiden? Über diesen Fragen ließ auch die Protokolldisziplin nach.

Wer erarbeitet die Vorlagen? Welche Zuarbeit kann der Bezirksvorstand verlangen? Gibt es einen Geschäftsführenden Bezirksvorstand und wenn ja, was sind dessen Aufgaben? Gibt es eine Berichtspflicht der Arbeitskreise? Wie organisiert der Vorstand Kommunikation, insbesondere, wenn Kommunikationsangebote als Kontrolle wahrgenommen werden?

Dies alles sind Fragen, die nur flüchtig angeschnitten wurden und dennoch bereits eine große Diskrepanz in den Auffassungen der Mitglieder des am 22.11.2008 gewählten Bezirksvorstands haben erkennen lassen. Es führt zu der Erkenntnis, dass eine gemeinsame, konstruktive Vorstandsarbeit nur möglich ist auf der Grundlage gemeinsamer Arbeitsauffassungen.

Fazit

Ungeachtet der bis zum Schluss aufrecht gehaltenen Arbeitsfähigkeit des Bezirksverbandes bestand bereits ab dem Frühjahr 2009 keine Grundlage mehr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bezirksvorstand. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes haben daraus unterschiedlich Konsequenzen gezogen: Pia Imhof-Speckmann trat bereits am 28.07.2009 zurück; ihr folgten am 13.10.2009 Ilona Ibrahim, Julia Opitz und Ismail Kosan. Die verbliebenen Vorstandsmitglieder entschlossen sich, die laufenden Geschäfte bis zum 8.12.2009 weiterzuführen.

Am 29. November 2009 vom Bezirksvorstand DIE LINKE Steglitz-Zehlendorf einstimmig beschlossen.

Gez. Edith Pfeiffer, Heinz Krafft-Neuhäuser, Olaf Michael Ostertag, Bruno Rocker.